
Hans-Hermann Hartwich: 12. Ordentlicher DGB-Bundeskongreß -Ein Kongreß ungesicherter Einheit, leerer Deklamationen und fehlender Perspektive?

Prof. Dr. Hans-Hermann Hartwich ist Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Hamburg.

Die drei überregionalen Zeitungen in der Bundesrepublik Deutschland, die „Frankfurter Allgemeine“ („Die Einheit beschworen“), die „Süddeutsche Zeitung“ („Ein DGB-Kongreß der leeren Deklamationen“) und die „Frankfurter Rundschau“ („Kleinarbeit und Utopie“) haben mit sehr unterschiedlichen Gewichtungen Resümee gezogen. Ihre Schlußfolgerungen haben ein solches Gewicht, daß eine kritische Auseinandersetzung damit geboten erscheint. Angesprochen sind innerorganisatorische Aspekte, wichtige Beschlüsse und das auf dem Kongreß erkennbare „Selbstverständnis“ des DGB und seiner Gewerkschaften.

1. Die Einheitsgewerkschaft ist nicht gefährdet oder auch nur in Gefahr. Dies gilt personalpolitisch ebenso wie programmatisch. Gerade Maria Weber war es doch, die ein eindrucksvolles Zeugnis dafür abgab, daß unterschiedliche Parteizugehörigkeit nicht daran hindern muß, mit Nachdruck gemeinsame ge-

werkschaftliche Forderungen zu vertreten. Ihr Hinweis auf das Ahlener Programm von 1947, in dem die CDU einmal einen Sozialismus oder zumindest eine durchgängig soziale Ordnung aus christlicher Verantwortlichkeit gegenüber den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen gefordert hatte, sollte ebenso wenig vergessen werden, wie ihr Bekenntnis zur Gesamtschule. In der Tat ist das bayerische Verhalten in Sachen „Gesamtschule“ nicht mehr mit der Sorge um die Qualität schulischer Bildung begründbar. Es ist ein Angriff gegen die Chancengleichheit im Bildungswesen.

Vor allem „ältere Gewerkschaftsführer“ hätten immer wieder die Einheitsgewerkschaft beschworen, schreibt Ernst Günter Vetter in der FAZ. Das ist richtig. Denn sie haben stärker als die jüngeren erfahren, daß Spaltung die gewerkschaftliche Kraft lähmt oder beeinträchtigt. Aber die FAZ will mit ihrer Feststellung ja nicht zwischen Älteren und Jüngeren unterscheiden. Sie will vielmehr eine zu deutliche Orientierung an der sozialdemokratischen Regierungs- und Gesellschaftspolitik monieren. Und in diesem Punkt muß sicher mit dem neuen DGB-Vorsitzenden Breit festgestellt werden, daß traditionell und aktuell immer noch - und nach dem Münchener Parteitag verstärkt - erkennbar ist, daß diese politische Partei in ihrer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Programmatik „arbeitnehmerorientiert“ ist und damit dem DGB näher steht als die anderen Parteien des Deutschen Bundestages. Diese Übereinstimmung muß keineswegs ein uneingeschränktes Bekenntnis und Vertrauen zu einer sozialliberalen Regierungskoalition zur Folge haben. Es ist vielmehr ein traditionelles Element deutscher Gewerkschaftsentwicklung und hat - wie nicht nur das Beispiel Maria Webers zeigt - die Einheitsgewerkschaft nicht gefährdet.

Allerdings scheint es, daß zwei Punkte in Berlin nicht genügend angesprochen worden sind. Zu hören war unter Delegierten, daß gelegentlich die „Einheitsgewerkschaft“ als Instrument benutzt werde, um zu „disziplinieren“. Mit einem so weit gefaßten Vorwurf ist noch relativ wenig anzufangen. Jedoch stellt sich die Frage, wie der DGB mit den neuen Parteiungen der „Grünen“ oder auch „Alternativen“, die jetzt überall an den Landtagswahlen teilnehmen und nach aller Voraussicht auch an der nächsten Bundestagswahl mit Erfolg partizipieren werden, umgehen will und wird. Sie sind auf dem Bundeskongreß nicht zu Wort gekommen. Dies ist eigentlich bedauerlich, da die Parteien sich diesmal ja nicht auf „Grußworte“ beschränkten, sondern es sich angelegen sein ließen, den Delegierten mehr oder weniger deutlich ihre positive und ihre negative Einschätzung des DGB zu sagen. In dieser Art hätte schon interessiert, was Exponenten der „Grünen“, der Ökologie-Bewegung also, den Gewerkschaften zu sagen haben. Und es hätte interessiert, wie dies von den Delegierten aufgenommen wird. Wohl gemerkt, es wäre nicht um ein Hineintragen der

gesellschaftspolitischen Konflikte um den richtigen Weg der Friedenssicherung oder um die AKW gegangen. Hier ist der eigene gewerkschaftliche Klärungsprozeß mittlerweile weit fortgeschritten, auch wenn seine Inhalte nicht jedem gefallen. Offen ist hingegen die Frage nach einem vertretbaren Verhältnis zwischen Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherung - um nur das wichtigste Beispiel zu nennen. Auch größere Erfolge „ökologisch-orientierter“ Parteien werden die Einheitsgewerkschaft nicht gefährden. Die Diskussion hätte aber in Berlin deutlicher beginnen können.

2. Die Beschlüsse des 12. Ordentlichen Bundeskongresses in bezug auf Arbeitszeitverkürzungen, Zumutbarkeitsklausel und Arbeitslosigkeit, Abwehr von Eingriffen in das „soziale Netz“ und eine neue Mitbestimmungs-Offensive werden von Peter Diehl-Thiele in der Süddeutschen Zeitung als „leere Deklamationen“ und „Selbstbetrug“ bezeichnet. Kein Delegierter hätte es gewagt, die Kernfrage zu formulieren, ob man nicht bei den Gewerkschaftsmitgliedern Illusionen aufkommen lasse, wenn man verschweige, daß Ziele nur durch materielle Verzicht erkaufte werden könnten.

Hier wird die Diskussion über die „Grenzen des Sozialstaats“ weitergeführt: „Verantwortungsbewußte Gewerkschaftsführer können sich in Kenntnis des ökonomischen Datenkranzes gar nicht mehr vor der Einsicht drücken, daß das soziale Netz in seiner bisherigen Qualität nicht mehr zu finanzieren ist, wenn nicht Leistungsminderungen beschlossen werden, je eher, desto erträglicher.“ Diesen Argumenten kann kaum erfolgreich begegnet werden, wenn es bei dem Bekenntnis bleibt, ein Abbau sozialpolitischer Leistungen dürfe nicht sein. Vielmehr zeigt diese Blick- und Stoßrichtung erneut auf, daß der DGB auch, vor allem aus diesen Gründen, alles tun muß, um sinnvolles Wachstum und Beschäftigung wieder und besser als jetztin Gang zu bringen. Es ist jarichtig, was ein Delegierter sagte: „Wir messen die Parteien nicht an ihren Worten, sondern an ihren Taten“! Aber die Gewerkschaften dürfen nicht „auf Taten warten“, sondern Parteien und Regierungen „bei ihren Worten nehmen“. Ohne Ankurbelung der Wirtschaft werden viele Beschlüsse des Kongresses tatsächlich leere Deklamationen bleiben, „realitätsfern“, „illusionär“. Die Diskussion kann nicht aus dem Stand geführt werden, denn im Stand ist das Kräfteverhältnis unter den gegebenen gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Bedingungen weder für die Verteidigung sozialer Errungenschaften, noch für soziale Verbesserungen (Arbeitszeit und Mitbestimmung) für die Gewerkschaften günstig. Es hilft allein die wirtschafts- und strukturpolitische Offensive, bei der auch die Parteien und Regierungen beim Wort genommen werden können. Wenn hier nicht noch mehr als zu Beginn des Jahres 1982 durch den Bundesvorstand geschieht, dann kann man die Skepsis der Süddeutschen Zeitung gegenüber den Beschlüssen nicht einfach mehr beiseiteschieben.

Willy Brandt hat daraufhingewiesen, daß Ziele (nur) dann erfolgreich verfochten werden können, wenn die Mitglieder konstruktiv einbezogen sind. Dies wird immer dort der Fall sein können, wo es um strukturpolitische, konjunkturpolitische Maßnahmen, um „Zukunftsinvestitionen“, umweltrelevante und regionalpolitische Maßnahmen (um nur einige Beispiele zu nennen) geht, die den wirtschaftlichen Prozeß wieder stärker in Gang bringen - und binnenwirtschaftlicher, nicht außenwirtschaftlicher Natur sind! - und Arbeitsplätze schaffen, was ja immer noch die beste Methode ist, um „Arbeitsplätze zu sichern“. Dabei ist es nicht so, daß der DGB eine „spannende Diskussion“ - so die Süddeutsche Zeitung - über die Frage führen muß, welche praktischen Auswirkungen denn eine staatliche Neuverschuldung von 50 Millionen DM hätte. Diese Argumentation merkt gar nicht mehr, wie sie in der Orthodoxie verhaftet ist. Es gibt genügend sinnvolle und notwendige Investitionsprojekte in den angedeuteten Bereichen, d. h. die praktischen Auswirkungen eines großen Investitionsprogrammes wären positiv. Gemeint ist hier aber wieder einmal, daß „nichts geht“. Dabei ist selbst dieses Argument durch die geld- und währungspolitische Entwicklung der letzten Monate nicht mehr stichhaltig. Ungeachtet dessen sticht aber das Argument *grundsätzlich* nicht. Es ist der klassische „Attentismus“, der uns in immer neuen Wortwendungen entgegentritt, und die Zukunft allein durch das Vertrauen auf die „Selbsteilungskräfte der Wirtschaft“ gesichert sieht. Die Bundesrepublik hat trotz ihrer unbestreitbaren Einbindungen in die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge ihre binnenwirtschaftlichen Möglichkeiten nicht ausgereizt, sondern viele mögliche und sinnvolle, kredittechnisch „machbare“, Ankurbelungsmöglichkeiten vertan. Hier sollten sich die Gewerkschaften nicht beirren lassen.

3. Fehlt den Gewerkschaften „die Perspektive, eine wirkliche Hoffnungsperspektive, die Massen vorwärts bewegen kann, kurz eine konkrete Utopie“? Dieser Satz aus der „Frankfurter Rundschau“ sollte wohl sehr ernst genommen werden. Hier sind keine Perspektiven beschäftigungspolitischer Art oder Beschlüsse anderer Art gemeint - von der Friedenspolitik einmal abgesehen. „Die Konservativen haben eine Utopie“. „Die Konservativen liefern auch Rezepte mit Anziehungskraft: Abbau kollektiver Mitbestimmung und kollektiver Regelung der Arbeitsbedingungen, mehr Selbstbestimmung des einzelnen.“ Ist es so falsch, wenn Wolf Gunter Brüggemann in der FR feststellt, daß auch Betriebsräte für Teilzeitarbeit und individuelle Arbeitszeitregelungen sind, weil nur dies ihnen noch innerbetrieblichen Handlungsspielraum bietet und auf vorhandene Bedürfnisse stößt?

Aber zwei Fragen stellen sich im Anschluß an dieses Problem. Nämlich einmal die Überlegung, ob die DGB-Gewerkschaften nicht *diesem* Individualproblem stärkere Aufmerksamkeit schenken müßten, wenn es vorhandenen Be-

dürfnissen entspricht. Damit würden sie doch nicht konservativen Rezepten um ihrer selbst willen folgen, sondern eine gewerkschaftliche Aufgabe erfüllen.

Die andere Frage ist aber wichtiger und sie führt zum Ausgangspunkt dieses kurzen Beitrages zurück. Wer sollte und könnte der Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik eine deutlichere Perspektive erarbeiten? Dem aufmerksamen Beobachter scheint dies nicht zuletzt ein innerorganisatorisches Problem zu sein. Über das Verhältnis zwischen dem DGB als der Dachorganisation und den Einzelgewerkschaften ist viel geredet worden. Ernst Breit brachte die plastische Formulierung, er hätte noch nie einem kleineren Verein als dem DGB mit seinen 17 Mitgliedern vorgestanden. Die programmatische Orientierung kann vermutlich nur vom DGB kommen. Es heißt nicht, die Einzelgewerkschaften und vor allem die bedeutenden und mitgliederstarken mißachten, wenn festgestellt wird, daß die Befassung mit Perspektiven, die über das im Jahre 1981 beschlossene neue Grundsatzprogramm hinausgehen, Sache des DGB und seiner Einrichtungen sein muß. Insofern erfordert das Gesamtinteresse der DGB-Gewerkschaften ein deutliches gesellschaftspolitisches Profil der Spitze. Eine Organisation wie der Deutsche Gewerkschaftsbund wird sich gewiß schwer tun, wenn er eine „konkrete Utopie“, die die Massen bewegt, erarbeiten sollte. Aber richtig ist, daß auch das gerade beschlossene Grundsatzprogramm nicht genügend aussagt über die gesellschaftspolitischen Perspektiven in den achtziger Jahren und ihren Kern, den Zusammenhang von Arbeit, Freizeit, sozialer Sicherheit, Bildung und Umwelt. Diesen Zusammenhang perspektivisch und in so enger Verbindung mit den Einzelgewerkschaften zu formulieren, daß diese darauf in ihrer Tarifpolitik praktisch bauen können, sollte Aufgabe der nächsten Zeit nach dem 12. Bundeskongreß sein.